

Artikel vom 13.04.2018**Stärkung Finanzamt**

Weitere 11 Arbeitsplätze für Nördlingen



Bei seinem Besuch im April 2015 hatte der damalige Finanzminister Markus Söder (Mitte) eine Stärkung des Finanzamts Nördlingen im Rahmen der Heimatstrategie versprochen. Die personelle Stärkung für den Bereich Bearbeitung polnischer Steuerfälle fällt nun noch höher aus. Statt 25 stehen dafür 36 Stellen zur Verfügung. Unser Foto zeigt zudem (von links) CSU-Ortsvorsitzenden Steffen Höhn, Landrat Stefan Rößle, Bezirksrat Peter Schiele, MdL Wolfgang Fackler, Dorothea Gaudernack, MdB Ulrich Lange und Bürgermeister Markus Landenberger-Schneider.

Das Finanzamt Nördlingen übernimmt zum 1. Juni die Steuerfälle polnischer Unternehmer mit den Anfangsbuchstaben S bis Z vom Finanzamt Cottbus. In der im Jahr 2015 beschlossenen Heimatstrategie der Bayerischen Staatsregierung waren vom damaligen Finanzminister Markus Söder 25 Stellen vorgesehen worden. „Nun kommen weitere elf Arbeitsplätze hinzu, da die Aufgabe mehr Personal erfordert“, erklärt der CSU-Stimmkreisabgeordnete Wolfgang Fackler, dem der neue Finanzminister Albert Füracker diese sehr erfreuliche Information nun mitgeteilt hat.

„Die Aufstockung der 25 neuen Stellen auf jetzt 36 zeigt, dass die Heimatstrategie ernsthaft und nachhaltig umgesetzt wird. Es hat sich gelohnt, dass wir frühzeitig und mit Nachdruck für die Berücksichtigung Nördlingens gekämpft haben. So können wir den Behördenstandort Nördlingen langfristig sichern und weiter ausbauen“, so der CSU-Bundestagsabgeordnete Ulrich Lange. Ähnlich sieht es Bezirksrat Peter Schiele: „Das stärkt den Behördenstandort Ries und damit den ländlichen Raum deutlich. Ich freue mich, dass die gemeinsamen Bemühungen bei der Behördenverlagerung erfolgreich waren.“ Der Amtsbezirk des Finanzamts Nördlingen und seiner Außenstelle Donauwörth umfasst das Gebiet des Landkreises Donau-Ries. Rund 260 Mitarbeiter sind derzeit im Finanzamt

und der Außenstelle beschäftigt.

Die Heimatstrategie ist ein zentrales Instrument aktiver Strukturpolitik. „Wir stärken die Infrastruktur des ländlichen Raumes mit sicheren Arbeitsplätzen. Dadurch kommt die Arbeit zu den Menschen, damit diese in ihrer Heimat wohnen und arbeiten können“, erklärt MdL Wolfgang Fackler, der als designierter Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes im Bayerischen Landtag künftig für die Belange von bayernweit 200.000 Beamten, 100.000 Tarifbeschäftigten und 100.000 Pensionären zuständig ist.

Die in 2015 beschlossene Verlagerung von Behörden ist die größte Regionalisierung von staatlichen Behörden und Einrichtungen der vergangenen Jahrzehnte. Über 50 Behörden und staatliche Einrichtungen werden aus Ballungszentren in ländliche Regionen Bayerns verlagert. Darunter war auch die Schaffung des Amtes für Maßregelvollzug, das vor zwei Jahren in Nördlingen seine Arbeit aufgenommen hat.